Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8167**

17. Wahlperiode 14. 12. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dr. Michael Fuchs, Kai Wegner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Martin Lindner (Berlin), Claudia Bögel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 17/7636 –

Weniger Bürokratie und Belastungen für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Andrea Wicklein, Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/7610 –

Stagnation beim Bürokratieabbau überwinden – Neue Schwerpunktsetzung für den Mittelstand umsetzen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Zahlreiche Maßnahmen des Bürokratieabbaus zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere Steuervereinfachung, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und Einrichtung eines Frühwarnsystems für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen.

Zu Buchstabe b

Schnellerer Bürokratieabbau; mittelstandsfreundliche Entlastung; Bürokratiekostenabschätzung aller Legislativvorschläge auf EU-Ebene; Prüfung durch europäischen Normenkontrollrat; Abbauziel zur Begrenzung des Erfüllungsaufwandes; Stärkung der Unabhängigkeit des Normenkontrollrates.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7636 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD

und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7610 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

E. Bürokratiekosten

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/7636 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/7610 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken	**Claudia Bögel**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Claudia Bögel

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/7636** wurde in der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. November 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/7610** wurde in der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. November 2011 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP zielt darauf ab, den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben. Die Bundesregierung werde aufgefordert, ihre Arbeiten in diesem Bereich zu intensivieren und dabei insbesondere die Schwerpunkte Steuervereinfachung, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und die Einrichtung eines Frühwarnsystems für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen zu setzen.

Zu den einzelnen Forderungen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gehört unter anderem die Vereinheitlichung und Verkürzung von gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für Unternehmen und private Haushalte im Handels-, Steuer- und Sozialrecht. Die Bundesregierung solle zudem einen Lösungsvorschlag zur Vereinheitlichung des Einkommensbegriffs im Steuer- und Sozialversicherungsrecht vorlegen und zeitnah prüfen, ob und gegebenenfalls wie steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammengefasst werden könnten.

Zahlreiche Punkte zum Abbau von Bürokratie betreffen die Wirtschaft und die Zusammenarbeit mit Verwaltungen und Finanzbehörden. So solle das steuerliche Reisekostenrecht vereinfacht werden. Die Höchstgrenze für Kleinbetragsrechnungen, für die geringere formale Anforderungen gelten, solle angehoben werden. Ferner sollten bürokratische Hindernisse bei der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitnehmern abgebaut werden, damit auch mittelständische Unternehmen in den effektiven Wettbewerb um die klügsten Köpfe eintreten könnten.

Hervorgehoben wird in dem Antrag außerdem die Stärkung des Normenkontrollrates. Hatte das Gremium bisher nur geprüft, welche Informationspflichten sich aus einem Gesetzentwurf ergeben, so werde es in Zukunft auch um den Erfüllungsaufwand gehen. Für die Betroffenen unverhältnismäßig hohe Kosten könnten früher sichtbar gemacht und oft schon im Gesetzgebungsverfahren verhindert werden. Die Qualität der Rechtssetzung für die Bürger würde dadurch spürbar verbessert.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/7636 verwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der SPD-Fraktion zielt auf einen schnelleren Bürokratieabbau ab. Bis zum Jahresende 2011 soll demnach das festgelegte Abbauziel von 25 Prozent als Nettoziel umgesetzt werden. Die Entlastung solle mittelstandsfreundlich ausgestaltet sein. Für den Zeitraum ab 2012 solle ein allgemeinverbindliches Abbauziel und ein neues Nettoentlastungsziel bei den Informations- und Statistikkosten festgelegt werden. Die Bundesregierung solle außerdem bei Verhandlungen zu neuen Regelungsvorhaben auf EU-Ebene grundsätzlich gegenüber der Kommission auf einer plausiblen Bürokratiekostenabschätzung aller Legislativvorschläge bestehen. Die Vorschläge sollen durch einen europäischen Normenkontrollrat geprüft werden. Eine Prüfung der Rechtsakte müsse schon bei den Vorarbeiten der EU-Kommission vorgenommen werden und nicht erst, wenn die Richtlinie in Kraft getreten sei und national umgesetzt werden müsse.

Bis zum Jahr 2009 sei das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ erfolgreich gewesen, seitdem werde jedoch eine Stagnation deutlich. Auf europäischer Ebene, die für 50 Prozent der bürokratischen Belastungen der deutschen Gesetzgebung verantwortlich sei, sei in den vergangenen zwei Jahren kein Fortschritt erreicht worden. Zur Optimierung des Bürokratieabbauprogramms müsse auch ein Abbauziel zur Begrenzung des Erfüllungsaufwandes entwickelt werden. Den Ministerien seien klare Konzepte zur Erreichung des Abbauziels vorzugeben.

Die Unabhängigkeit des Nationalen Normenkontrollrates (NKR) müsse sichergestellt werden. Der NKR solle außerdem das Recht erhalten, von den Bundesministerien Berichte zu verlangen, wie seine Feststellungen aufgegriffen und mit welchen Mitteln sie umgesetzt worden seien.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/7610 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 59. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE

LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 68. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 70. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 76. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 81. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 57. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 57. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 59. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 51. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/7636 in seiner 50. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 59. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 68. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 70. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 76. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 81. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 57. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 57. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 59. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 51. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 17/7610 in seiner 50. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksachen 17/7636 und 17/7610 in seiner 57. Sitzung am 14. Dezember 2011 beraten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** begrüßten, dass in dem soeben gefassten Eckpunktebeschluss der Bundesregierung bereits viele Anregungen der Koalitionsfraktionen umgesetzt worden seien. Die Harmonisierung der Aufbewahrungsfristen bzw. deren Verkürzung auf fünf Jahre sei ein wichtiges Signal gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen, dass die Koalition es ernst meine mit dem Bürokratieabbau. Es sei nun wichtig, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen und auch im nächsten Jahr weitere Abbaumaßnahmen über das 25-Prozent-Ziel hinaus vorzunehmen. Der jetzt vorgelegte Antrag enthalte eine Reihe sehr konkreter Verbesserungsvorschläge, die vor allem auch die Entlastung des Mittelstandes beträfen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass das konkrete Abbauziel in 2011 leider nicht erreicht werde. Auch fehlten Vorstellungen der Bundesregierung, wie es 2012 konkret weitergehen solle. Das anfänglich erfreuliche Tempo habe sich verlangsamt. Auch auf europäischer Ebene müsse noch mehr etwa in Richtung Schaffung eines europäischen Normenkontrollrates passieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vermisste in der Debatte eine klare Definition des Begriffes „überflüssige Bürokratie“. Man könne sich nicht darauf beschränken, die Kosten für die Unternehmen im Blick zu haben, sondern müsse als Teil der Gleichung auch den Nutzen etwa von Berichtspflichten für die Gesellschaft insgesamt berücksichtigen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** gab zu bedenken, dass von den Vorschlägen der Koalitionsfraktionen in ihrem letzten Antrag bisher nur ein Teil abgearbeitet worden sei. Das gescheiterte Projekt „ELENA“ sei unter dem Stichwort Bürokratieabbau abgehandelt worden und habe letztlich die Unternehmen nur Geld gekostet ohne irgendeine Entlastungswirkung zu zeitigen. Hier wäre durchaus auch eine Gegenrechnung angebracht gewesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/7636 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7610 zu empfehlen.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Claudia Bögel
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333